

Chancengleichheit zu erhöhen. Das bedeutet vielfältigere ProgrammiererInnen-Teams und Sinn für den sozialen Kontext der Daten, eine informierte und aufmerksame Gesellschaft und vor allem eine mutige Politik und smarte Regulierung, um sich selbst und unsere demokratische Werte in der Zukunft zu schützen.

Die Dokumentation unseres o... Bundeswehr mit bewaffneten... genauskunft zu digitalen Familienleistungen und eine Stellungnahme zur Initiative des EU-Ministerrats zur Aushöhlung verschlüsselter Kommunikation runden die Ausgabe ab. Eine neue Rubrik *Dokumentation* – unsere Reminiszenz an bessere Zeiten der *Frankfurter Rundschau* – behandelt die Datenschutz-Folgenabschätzung für die Corona-Warn-App.

erschienen in der Fiff-Kommunikation,  
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)

Die Gesellschaft für Informatik verleiht die Klaus-Tschira-Medaille für Verdienste um die Informatik an Persönlichkeiten, die durch ihre Arbeiten in Anwendungsgebieten unterschiedlicher Art Anregungen zur Weiterentwicklung der Informatik und ihrer... Wir freuen uns sehr und gratulieren... des Fiff, Professorin Dr. Christiane... edaille 2020.

rinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre – und viele neue Erkenntnisse und Einsichten.

Stefan Hügel  
für die Redaktion



## Der Brief

### „Hauptsache, et is einer wech“

Liebe Freundinnen und Freunde des Fiff, liebe Mitglieder,

„Hauptsache, et is einer wech“ – das soll Konrad Adenauer gesagt haben, als sein ungeliebter Nachfolger als Bundeskanzler, Ludwig Erhard, sein Amt nach nur drei Jahren aufgeben musste.

„Hauptsache, et is einer wech“ – so kann man wohl treffend das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA zusammenfassen. Obwohl sich der Amtsinhaber geradezu verzweifelt an sein Amt klammert und dazu das Wahlergebnis mit legitimen und illegitimen Mitteln angreift, steht der bevorstehende Amtswechsel wohl nicht mehr in Frage. Legitim sind Trumps Mittel, da er selbstverständlich das Recht hat, das Wahlergebnis im Rahmen der Gesetze juristisch überprüfen zu lassen. Illegitim, wenn er, ohne substantielle Belege dafür vorzuweisen, unablässig von Wahlbetrug redet und damit offensiv das Ergebnis und damit Wahlen und Demokratie selbst in Zweifel zieht. Manche Beobachter sprachen bereits vom Versuch eines *Coup d'État*. Letztlich erweist sich die amerikanische Demokratie als resilient genug, solche Angriffe abzuwehren; auch der *Supreme Court*, in dem eine Mehrheit von RichterInnen durch die Republikaner nominiert sind und in den Trump offenbar seine Hoffnungen gesetzt hatte, bleibt in seiner Rechtsprechung konsequent – freilich hätte er sonst auch jegliches Vertrauen verspielt. Es sieht danach aus, dass Donald Trump von seiner Persönlichkeit her unfähig ist, eine Niederlage einzugestehen. Das Schauspiel, dass sich der ganzen Welt gerade bietet, ist unwürdig.

Die Person des designierten Präsidenten Joe Biden – gemeinsam mit seiner designierten Vizepräsidentin Kamala Harris – tritt dabei fast in den Hintergrund. Nach vier bedrückenden Jahren werden große Hoffnungen mit seiner Präsidentschaft verbunden. Inwieweit er sie erfüllen kann, werden wir sehen. Gerade tritt der frühere Präsident Barack Obama wieder verstärkt in die Öffentlichkeit. Seine Präsidentschaft begann 2009 mit großen Hoffnungen und großer Begeisterung. Wenig war am Ende davon übrig geblieben – vielleicht auch das ein Grund für den überraschenden Erfolg von Donald Trump. Obama war nicht in der Lage, das Folterlager in Guantánamo wie angekündigt zu schlie-

ßen. In seine Regierungszeit fielen die Enthüllungen von Edward Snowden – und er hat nichts Erkennbares getan, gegen diese Überwachungspraxis vorzugehen. Er hat die Praxis der Drohnenmorde weiter verstärkt.



Viel war bei der Wahl 2020 von dem angeblich antiquierten Wahlsystem in den USA die Rede. Das System des *Electoral College* führt zu einer stärkeren Gewichtung von Stimmen aus geringer besiedelten Bundesstaaten – in der Praxis sind dies häufig Stimmen aus ländlichen Gebieten, in denen die Republikanische Partei eine Mehrheit hat. So war es möglich, dass vor vier Jahren Hillary Clinton trotz Vorsprung bei der Gesamtheit der Stimmen die Wahl nicht gewinnen konnte. Doch wir dürfen nicht vergessen: Auch in Europa gelten vergleichbare Regelungen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament entsenden *kleine* Staaten wie Malta und Luxemburg relativ mehr Abgeordnete als *große* Staaten wie Frankreich und Deutschland. Das ist auch sinnvoll, um die Vertretung kleiner Staaten zu gewährleisten. Auch im Bundesrat sind die EinwohnerInnen kleinerer Bundesländer überrepräsentiert.

Ein weiterer Umstand trägt zur vermeintlichen Delegitimierung von Wahlen bei: Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament nominierten die Parteien „SpitzenkandidatInnen“ für das Amt der Kommissionspräsidentin. Nach der Wahl wurde dem erstaunten Wahlvolk mit Ursula von der Leyen jedoch eine ganz andere Kandidatin präsentiert. Auch das war formaljuristisch zwar korrekt; wir sollten aber nach einer solchen Kehrtwende nicht denken, wir könnten den USA etwas über Demokratie erzählen.

Auch in Deutschland wird gerade über das Wahlrecht debattiert. Das deutsche Wahlrecht bringt es bekanntlich mit sich, dass bei einer überproportionalen Anzahl gewonnener Wahlkreise Überhangmandate entstehen. Da dies – erstmals besonders deut-

lich bei der Wahl 1994 – zu Mehrheiten geführt hat, die durch das Verhältnis der Zweitstimmen nicht gedeckt waren, wurden 2012 Ausgleichsmandate eingeführt. Bei regional starken Parteien mit vielen gewonnenen Wahlkreisen führt dies insgesamt zu einer größeren Zahl von zusätzlichen Mandaten. Das ist aber dem Wahlergebnis geschuldet: Die Ausgleichsmandate stellen die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Fraktionen wieder her. Nun über ein „aufgeblähtes“ Parlament zu schwadronieren, wie es leider auch in der seriösen Presse geschieht, geht völlig an der Sache vorbei und beschädigt das Parlament und seine Legitimation. Die „Lösung“ ist nun, einige Überhangmandate nicht auszugleichen und damit die Mehrheitsverhältnisse wieder zu verzerren. Die Fraktion der CDU/CSU, die davon profitiert, freut sich. Im Grunde kann ein Mehrheitswahlrecht nach dem Prinzip *The winner takes it all* als eine legalisierte Form der Wahlverfälschung angesehen werden, weil es Wahlergebnisse verzerrt und den Willen der WählerInnen nicht adäquat abbildet.

Kanzlerin und Ministerpräsidenten entschieden im Herbst, das öffentliche Leben in Deutschland weitgehend stillzulegen (der sogenannte „Lockdown“), um damit die COVID-19-Pandemie effektiv zu bekämpfen. Dem gingen wochenlange Debatten zwischen der Bundeskanzlerin und den MinisterpräsidentInnen der Länder voraus. Kaum wurde in einer Beratung eine Einigung gefunden, scherten bereits einzelne Länder wieder aus, um strengere oder auch leichtere Maßnahmen zu verkünden. Dies ist im Föderalismus legitim und kann auch sinnvoll sein – in Berchtesgaden kann die Situation in der Pandemie durchaus anders sein als in Westerland. Es bleibt aber häufig der bittere Beigeschmack, dass es bei den regionalen Abweichungen nicht selten mehr um persönliche Profilierung als um die Sache geht.

Die Situation ist zu ernst und sollte nicht für den Kampf um Parteivorsitz oder Kanzleramt missbraucht werden.

Retrospektiv nun darüber zu diskutieren, wer welche Fehler gemacht hat, mag müßig sein – wir müssen aber Lehren ziehen, wie wir uns in Zukunft auf solche Krisen vorbereiten und mit ihnen umgehen können. Lösungen weisen dabei über die Krisensituation hinaus. Viel wurde in den letzten Wochen darüber debattiert, wie wir die (Schul-) Bildung und das Arbeitsleben gestalten wollen. Mit der digitalisierten Bildung befasst sich insbesondere der Schwerpunkt dieses Hefts. Auch nach der Pandemie wird und soll davon vieles bleiben – aber warum brauchen wir eine Krise, um hier nach adäquaten Lösungen zu suchen? Zumal die nächste Krise bereits vor der Tür steht: Die Klimakrise, die während der Pandemie zu Unrecht in den Hintergrund getreten ist, wird ebenfalls massive Auswirkungen auf unser Alltagsleben, unsere Arbeit und unsere Bildung haben. Die verheerenden Brände in Australien und Kalifornien im vergangenen Jahr sollten wir nicht vergessen – sie sind nur ein erster Vorgeschmack dessen, was uns bei einem entfesselten Klimawandel noch bevorsteht. Leider ist hier wenig entschlossenes Handeln erkennbar; die Forderungen von *Fridays for Future* und anderen Umweltorganisationen scheinen ungehört zu verhallen. Dabei ist die Pandemie vielleicht eine Blaupause dafür, wie in der Krise gehandelt werden sollte. Wir sind spät dran, aber wir sollten daraus auch für den Klimawandel unsere Lehren ziehen.

Mit Fliffigen Grüßen, bleibt gesund,

Stefan Hügel



## Das FlfF bittet um Eure Unterstützung

Viermal im Jahr geben wir die FlfF-Kommunikation heraus. Sie entsteht durch viel ehrenamtliche, unbezahlte Arbeit. Doch ihre Herstellung kostet auch Geld – Geld, das wir nur durch Eure Mitgliedsbeiträge und Spenden aufbringen können.

Auch unsere weitere politische Arbeit kostet Geld für Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Organisation. Unsere jährlich stattfindende FlfF-Konferenz, der Weizenbaum-Preis, weitere Publikationen, Kommunikation im Web: Neben der tatkräftigen Mitwirkung engagierter Menschen sind wir bei unserer Arbeit auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

**Bitte unterstützt das FlfF mit einer Spende.** So können wir die öffentliche Wahrnehmung für die Themen weiter verstärken, die Euch und uns wichtig sind.

### Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft (BFS) Köln,  
IBAN: DE79 3702 0500 0001 3828 03,  
BIC: BFSWDE33XXX

